№ 71. Inowraclaw, Montag, den 10. September 1866

Kujawisches Wochenblatt.

Organ für die Kreise Inowraclaw, Mogilno und Gnesen.

Erscheint Montags und Donnerstags. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Hiesige 11 Sgr. durch alle Kgl. Postanstalten 12¾ Sgr.

Fünfter Jahrgang. Verantwortlicher Redakteur: Hermann Engel in Inowraclaw.

Insertionsgebühren für die dreigespaltene Korpuszeile oder deren Raum 1¼ Sgr. Expedition: Geschäftslokal Friedrichsstraße Nr. 7.

Die Redefreiheit im künftigen Parlament.

Von eifrigen Freunden der Regierung wird die Ansicht ausgesprochen, daß die Regierung unter keinen Umständen dem Wahlgesetz zum Reichstage des norddeutschen Bundes zustimmen werde, wenn in dasselbe, wie es die Kommission des Abgeordnetenhauses vorschlägt, ein Passus aufgenommen wird, welcher die Redefreiheit der Abgeordneten garantirt. Man beruft sich darauf, daß ein solcher Paragraph ja auch in dem Reichswahl-Gesetz von 1849 nicht enthalten sei. Dieser Grund kann aber unmöglich stichhaltig sein, denn das Reichswahlgesetz von 1849 setzt die Proclamirung der Reichsverfassung und der Grundrechte voraus, wodurch ja der Schutz den Abgeordneten vollständig gewährleistet war. Ein jeder wird einsehen, daß ein Parlament dessen Mitglieder nicht einen solchen Schutz genießen, zu einem wesenlosen Phantom herabsinke, an dem sich Kinder, die den Schein für die Wirklichkeit halten, erfreuen können, dem aber ernsthafte Leute nicht das Wohl und Wehe eines Staates anvertrauen können. Wenn dies schon im Allgemeinen von einem Parlament gesagt werden kann, um wie viel mehr von einem Parlament, dessen Mitglieder aus Ländern gewählt sind, in denen ganz verschiedene Strafgesetze herrschen. Da kann es sehr leicht kommen, daß, da ja nicht einmal die Garantie gegeben werden soll, daß ein Abgeordneter nicht für seine Abstimmungen bestraft werden soll, einmal die ganze Opposition vor die Gerichte gestellt wird, und daß alsdann ein Theil vielleicht nur wegen leichten politischen Vergehens verurtheilt wird, während ein anderer Theil gänzlich freigesprochen wird. Wir haben das ja erlebt in den Prozessen gegen die Reichstags-Abgeordneten, die im Jahre 1849 nach der Abberufung durch die Regierungen im Parlamente geblieben waren und fortgetagt hatten, bis die Versammlung schließlich in Stuttgart mit Gewalt gesprengt und die Mitglieder verjagt wurden. Diesen Männern wurde in einzelnen Staaten der Prozeß für das Weitertagen und für ihre Beschlüsse gemacht. In einzelnen Ländern wurden sie freigesprochen, in anderen zu leichteren Strafen verurtheilt, in noch anderen, wie in Preußen, zur Todesstrafe oder zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt! Und auf welchen Grund hin wurde die Anklage erhoben und das Urtheil gefällt? Auf den Grund, daß ihnen bei dem Weitertagen nach der Abberufung durch ihre resp. Regierungen der gesetzliche Schutz für ihre Aeußerung und Abstimmungen nicht mehr zur Seite gestanden habe, also weil ihnen von der Zeit ab gerade der Schutz gefehlt hat, den die Regierung jetzt ganz aus dem Gesetze fortgelassen hat und von dem ihre übereifrigen Freunde jetzt erklären, daß seine Einfügung in das Gesetz, wenn das Abgeordnetenhaus dieselbe vornehmen sollte, das Zustandekommen des ganzen Gesetzes gefährde, d. h. also die Berufung des Parlaments selbst gefährde. Wahrlich, wenn das neue Parlament schon so anfangen soll, wie das alte geendet, dann wäre es besser, es finge gar nicht an.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus. [13. Sitzung vom 4. September.) Eröffnung: 12¼ Uhr. Am Ministertische: v. d. Heydt und Graf Eulenburg.

Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen wird in die Tagesordnung eingetreten, deren erster Gegenstand die Verlesung der Interpellation des Abg. v. Bonin, betreffend die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht während des Friedensstandes und deren Vergütigung, ist.

Der Minister des Innern erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit und erklärt, nach kurzer Begründung derselben durch den Abg. v. Bonin, daß es zwar bisher nicht die ausgesprochene Absicht der Regierung gewesen, Aenderungen in das Gesetz hineinzubringen, daß aber die Regierung keineswegs abgeneigt sei, die angeregte Aenderung in Betracht zu ziehen. Es könne der Regierung nur erwünscht sein, wenn ihr Material zufließe, um alle Unebenheiten zu beseitigen. Die Naturalleistungen seien übrigens mit mehr Leichtigkeit erfolgt, als man erwartete, es sei ihm nicht eine einzige Special-Beschwerde zugegangen. Dies möge auch vielleicht daran gelegen haben, daß die Leistungswilligkeit sehr groß war. (Sehr wahr!) Die Regierung sei bereit, den Uebelständen abzuhelfen, da es nicht Absicht des Gesetzes sei, die Leute zu drücken, sondern nur das Land zu den nothwendigen Leistungen heranzuziehen. Damit ist die Angelegenheit erledigt. Es folgen Wahlprüfungen.

Der Präsident v. Forckenbeck unterbricht **die Verhandlung über die Wahlprüfungen,** um folgendes, während der Sitzung ihm zugegangenes Schreiben des Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck zu verlesen:

„Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich anliegend beglaubigte Abschrift der Friedensverträge mit Oesterreich, Würtemberg, Baiern und Baden ergebenst zu übersenden. Die Ratification aller vier Verträge ist erfolgt und die Auswechselung der Ratifications-Urkunden hat stattgefunden.

Ich bitte ergebenst dem Hause der Abgeordneten von dieser Mittheilung Kenntniß zu geben. In Bezug auf diejenigen Bestimmungen der Verträge, hinsichtlich deren verfassungsmäßig die Zustimmung der Landesvertretung erforderlich, werden dem Landtage demnächst besondere Vorlagen gemacht werden. v. Bismarck.

Präsident: Ich werde dies Schreiben nebst Anlagen zum Druck befördern. Ob sich daran Anträge hinsichtlich der geschäftlichen Behandlung anknüpfen, wird sich dann ergeben, wenn die Drucksache vorliegt. (Zustimmung.)

Schluß der Sitzung: 3 Uhr.

[14. Sitzung vom 6. September.] Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen wird in die Tagesordnung eingetreten. Auf derselben steht Präsidenten-Wahl.

Abg. v. Arnim-Heinrichsdorf beantragt die Beibehaltung des bisherigen Präsidiums.

Abg. v. Vincke (Hagen) stimmt dem Antrage des Vorredners bei.

Abg. Rohden: Ich bedauere, daß ich den Bestrebungen um Abkürzung der Wahl nicht beitreten kann. Ich lege ganz ausdrücklich Widerspruch dagegen ein, da eine ausdrückliche Bestimmung der Geschäftsordnung dadurch verletzt wird. (Zustimmung). Die Geschäfts-Ordnung darf durch den augenblicklich eingetretenen Strom der Meinungen nicht überfluthet werden. (Sehr richtig) Ein Interpretiren der Geschäfts-Ordnung ist nicht möglich.

Vice-Präsident Stavenhagen (der den Vorsitz übernommen): Ich halte die Sache durch diesen Widerspruch für erledigt, da ein Abweichen von der Geschäftsordnung nur durch Einstimmigkeit erfolgen darf. Wir schreiten also zur Wahl.

Bei derselben werden 292 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhalten: Abg. von Forckenbeck 184, von Arnim (Neustettin) 89, Waldeck 14, von Hoverbeck 4 und Jacoby 1. Abg. v. Forckenbeck ist also für die Dauer der Session zum Präsidenten des Hauses wiedergewählt. Er nimmt die Wahl an, indem er für das erneute Vertrauen dankt und verspricht, die Geschäfte nach denselben Grundsätzen weiter führen zu wollen, die ihn bisher geleitet hatten.

Bei der Wahl des ersten Vice-Präsidenten wurden 277 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielten: Abg. Stavenhagen 157, Holzapfel 97, v. Hoverbeck 10, während die übrigen Stimmen sich auf die Abgg. v. Bonin Waldeck, Wedemeyer, Gneist, v. Blanckenburg zersplitterten. Abg. Stavenhagen ist somit zum ersten Vice-Präsidenten wiedergewählt. Er

nimmt die Wahl mit einigen Worten des Dankes an.

Bei der Wahl des zweiten Vice-Präsidenten wurden 252 gültige Stimmzettel abgegeben. Stimmen erhielten: v. Bonin 150, v. Blanckenburg 92, v. Hoverbeck 4, die übrigen Stimmen zersplitterten sich. Abg. v. Bonin nimmt die Wahl an.

Der hierauf folgende Gegenstand der Tagesordnung sind Wahlprüfungen.

[15. Sitzung vom 7. September.] Eröffnung 10¼ Uhr. Am Ministertische: v. Mühler und v. Selchow und Regierungskommissar Geh. Legationsrath König.

Der Präsident macht über verschiedene Proteste, welche gegen die Einverleibung Hannovers aus Hannover eingegangen sind, Mittheilung.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Auf derselben steht der Gesetzentwurf, betreffend die Einverleibung Hannovers, Kurhessens, Nassaus und der freien Stadt Frankfurt a.M.

Der Berichterstatter Abg. Kannegießer leitet die Debatte mit einigen Worten ein: In einer Zeit, welche Thatsachen in Tagen sich vollziehen sah, an denen die Geschichte sonst Jahre und Jahrzehnte arbeitet, verlangt das Volk von seinen Vertretern nicht viele Worte, sondern Thaten, d. h. Beschlüsse, einig, schneidig, welttragend für des Vaterlands Selbstständigkeit und Größe. — Unvergessen muß bleiben, daß diese Vereinigung manche berechtigte Interessen, altgewohnte theure Empfindungen unserer neuen Landsleute augenblicklich und vielleicht für längere Zeit verletzt und daß der preußische Staat mit dieser Vereinigung die ethisch politische Pflicht übernimmt, ihnen ein Vaterland wiederzugeben, wohnlicher, reicher, freier als dasjenige, was sie besessen haben. (Bravo!) Die Kommission ist dessen eingedenk gewesen.

Die allgemeine Diskussion wird eröffnet. Zum Worte melden sich 9 Redner gegen und 13 Redner für die Kommissionsvorlage.

Der erste Redner gegen die Vorlage ist der Abg. Harkort, der auf der Journalisten-Tribüne völlig unverständlich bleibt. — (Der Finanzminister v. d. Heydt erscheint.)

Abg. v. Kirchmann (für die Vorlage): Ich kann die hohe Befriedigung, welche im Kommissionsbericht über diese Vorlage ausgedrückt ist, nicht theilen. Nicht deshalb, weil ich annehme, daß die Regierung nicht weit genug gegangen ist, sondern, weil ich annehme, daß die Regierung dem Lande als Resultat des Sieges zu wenig giebt. Die Resultate stehen mit den ungeheuren Erfolgen des Heeres nicht in Uebereinstimmung. Es ist Oesterreichs Macht nicht so weit geschwächt, wie es zum Wohle Deutschlands nothwendig ist, und ferner ist Preußen nicht so weit gestärkt, wie es zur Führerschaft Deutschlands nothwendig ist. Oesterreich wird stärker werden, als es gewesen: wir werden nach wie vor den Einfluß Oesterreichs spüren zum großen Nachtheil für Preußen und Deutschland. Das ist die Folge davon, daß Oesterreich zu sehr geschont worden. Weil ich aber glaube, daß die Regierung das Ziel der Einheit Deutschlands streng und unausgesetzt verfolgen werde, so stimme ich für die Vorlage.

Abg. Dr. Gneist (gegen): Ich möchte mich aussprechen gegen Ausdrücke, wie Annexion, Diktatur ꝛc. Die Dinge, um welche es sich hier handelt, haben nichts gemein mit der Annexion, wie sie im Westen getrieben wird, sie haben nichts gemein mit dem Cäsarismus und einer selbstgeschaffenen Geographie. Die Staatseinheit, welche wir schaffen, ist weit älteren Datums. Wir annektiren nicht und an dieser Stelle möchte ich das frivole Wort zurückweisen. — Der Redner beleuchtet hierauf die verschiedenen Wege, auf denen die möglichst schnelle definitive Einverleibung erfolgen kann.

Abg. Waldeck: Die Ausführungen des Redners geben mir die Hoffnung, daß er doch für den Gesetzentwurf stimmen wird, obwohl er gegen denselben eingeschrieben war. Er will schließlich ja auch die Einführung der preußischen Verfassung. Es ist mir heute eine anonyme Zuschrift aus Hannover zugegangen, worin erklärt wird, daß nur in der Herrschaft des angestammten Fürstenstammes, natürlich unter den nothwendigen Beschränkungen, Heil für Deutschland erblickt werden könnte. Nun ist es aber Thatsache, daß das angestammte Fürstenhaus entfernt ist und das wollen sie wieder haben. Ich möchte den Preußen sehen, der für diese Wünsche eintreten könnte. Deutschland hat niemals gegen solche Ergebnisse Widerspruch erhoben, Deutschland war immer sehr froh, wenn durch irgend ein Ereigniß, sei es durch Erbgang oder Revolution, solch Ergebniß herbeigeführt werden. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Loewe vertheidigt ein von ihm gestelltes Amendement, welches die Einrichtungen in den einzuverleibenden Ländern so viel als möglich geschont wissen will.

(Der Ministerpräsident Graf Bismarck und Graf Eulenburg sind inzwischen eingetreten.)

Verschiedene Anträge auf Schluß der Diskussion werden gestellt und vom Hause mit großer Majorität angenommen.

Nach einigen Schlußbemerkungen des Referenten wird in die Spezial-Debatte eingetreten.

§. 1. der Kommissions Vorschläge lautet: „Das Königreich Hannover, das Kurfürstenthum Hessen, das Herzogthum Nassau und die freie Stadt Frankfurt werden in Gemäßheit des Art. 2 der Verfassungs-Urkunde für den preußischen Staat mit der preußischen Monarchie für immer vereinigt."

Abg. Wagener. (Neustettin): Er wolle zunächst eine verfassungswidrige Argumentation des Vorredners widerlegen. Wenn der Vorredner seinen Entschluß dadurch motivire, daß er ausführe, es handle sich um eine deutsche Sache, an der er keinen Theil habe. Die Herren seien, sie mögen wollen oder nicht, sie seien und bleiben Preußen. (Bravo!)

Die Diskussion ist geschlossen.

Abg. Michaelis. (Allenstein) (persönlich): Es sei die Behauptung ausgesprochen, daß Niemand im Hause sein würde, der für die Restituirung der vertriebenen Fürsten das Wort nehmen würde. Dieses Wort zu nehmen, sei seine Absicht gewesen, und bitte er, dies zu constatiren.

§. 1 wird hierauf mit großer Majorität genehmigt; dagegen stimmen nur wenige Katholiken, Dr. Jacoby und Dunker.

§. 2 lautet: „Die preußische Verfassung tritt in diesen Landestheilen am 1. October 1867 in Kraft. Die zu diesem Behufe nothwendigen Abänderungs-, Zusatz- und Ausführungs-Bestimmungen werden durch besondere Gesetze festgestellt.

Abg Dunker spricht gegen diesen Paragraphen, weil er für Personal-Union ist und über die Real-Union die Stände jener Länder hören will. — Abg. Michaelis (Stettin) wünscht Einführung der Freizügigkeit ꝛc. in jenen Ländern.

Das Amendement Löwe wird abgelehnt, §. 2 der Commissions-Vorlage mit großer Majorität angenommen.

§ 3 (Ausführungsparagraph) wird ohne Debatte genehmigt und darauf über den Gesetzentwurf im Ganzen namentlich abgestimmt. Das Resultat der Abstimmung ist die Annahme des Entwurfs mit 273 gegen 14 Stimmen. Die Polen enthielten sich der Abstimmung.

Der Minister-Präsident überreicht demnächst einen Gesetzentwurf, betreffend die Vereinigung der Herzogthümer Schleswig Holstein mit der preußischen Monarchie. (Bravo.) Der Ministerpräsident spricht den Wunsch nach Beschleunigung der Berathung aus. Die Vorlage wird der bereits bestehenden Annexions-Commission überwiesen.

Schluß der Sitzung 2 Uhr 10 Minuten. Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr, Tagesordnung: Reichswahlgesetz.

Herrenhaus [5. Sitzung vom 3. September.] Eröffnung 12 Uhr 25 Minuten. Am Ministertische: Handelsminister Graf Itzenplitz, Justizminister Graf zur Lippe und mehrere Regierungskommissarien.

Der Präsident theilt mit, daß die Herren Geh. Räthe Klützow und von Telten-Tolks in das Haus eingetreten sind, er begrüßt dieselben Namens des Hauses. Nach Mittheilung der aus dem Abgeordnetenhause überwiesenen Vorlagen wird beschlossen, für die in nächster Zeit aus dem Abgeordnetenhause herüberkommende Reichswahlgesetz, sodann für das zu erwartende Invalidengesetz nach Schluß der Sitzung besondere Kommissionen zu wählen

Präsident Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode: Meine Herren! Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich dem Hause noch Bericht über die Ueberreichung der von dem Herrenhause in seiner Sitzung vom 13. vorigen Monats beschlossenen Adresse an Se. Majestät den König zu erstatten. Die dazu bestimmte Deputation geruhte Se. Maj. der König am 19 v. M. zu empfangen, und hat in der allergnädigsten, huldreichsten Weise die Adresse entgegengenommen. Die Mitglieder der Kommission sind beauftragt worden, dem Herrenhause den Dank für die Adresse auszudrücken und für die Gesinnung, die in derselben niedergelegt war. Außerdem hat uns Se. Maj der König, unser Allergnädigster Herr, noch den Befehl ertheilt, dem Herrenhause seinen Dank insbesondere dafür auszusprechen, daß es mit unerschütterlicher Treue zu der von ihm in's Leben gerufenen Reorganisation der Armee beständig festgehalten hat. Se. Maj. der König lebt der freudigen Hoffnung, daß Gottes Gnade, welche so sichtbar und in so außerordentlichem Maße über den eben beendeten, mit schweren Opfern verbundenen, aber siegreichen Krieg gewaltet hat! auch ferner Preußen seinen Segen gewähren und aus der blutigen Saat reiche Früchte für Alle veranlassen werde, auch für diejenigen Länder, die Er ihren bisherigen Führern zu entziehen und mit Preußen zu verbinden Sich habe entschließen müssen.

Meine Herren, ich bin überzeugt, daß diese Hoffnung von uns allen mit einem „das walte Gott" begleitet werde und so lassen Sie uns für den Dank unseres Königs Ihm ein freudiges Hoch bringen. Seine Majestät der König lebe hoch! (Die Versammlung stimmt in ein dreimaliges Hoch begeistert ein).

Die Debatte über die Verordnung, betreffend die Aufhebung der Wuchergesetze, wird, weil der Bericht erst seit gestern in den Händen der Mitglieder auf morgen 12 Uhr vertagt. Die beiden folgenden Gegenstände der Tagesordnung: Bericht der Finanzkommission über die Verordnung wegen Abänderung der Tarasätze für Zucker, Bericht derselben Commission über den Gesetzentwurf wegen Ausgabe von Talons zu den Rentenbriefen und Schuldverschreibungen der Paderbornschen und Eichsfeldschen Tilgungskasse, werden durch Genehmigung der beantragten Verordnung resp Zustimmung ohne Debatte erledigt. — Endlich wird in Bezug auf den 15. und 16. Bericht der Staatsschulden-Commission überall die beantragte Decharge ertheilt. Schluß 1 Uhr.

[6. Sitzung vom 4. September.] Das Haus ertheilte zunächst der Verordnung wegen des Verbots der Veräußerung von Geschützen die verfassungsmäßige Zustimmung. Der folgende Gegenstand der Tagesordnung betraf die Verordnung vom 12. Mai 1866 über die vertragsmäßigen Zinsen. Bei der Generaldiskussion nahm zuerst der Justizminister Graf zur Lippe das Wort, um den Standpunkt der Regierung gegenüber dem Antrag der Kommission des Herrenhauses darzulegen, der für Darlehne, zu deren Sicherheit nicht unbewegliches Eigenthum verpfändet wird, nur dann höhere Zinsen erlauben will, wenn auch die Bank ihren Zinssatz über das gesetzliche Maaß erhöht. Er weist darauf hin, wie die Aufhebung der Zinsbeschränkungen in jeder der letzten Krisen nothwendig geworden sei, und hält die Bedenken der Commission gegen dauernde Aufhebung nicht gerechtfertigt. Das eine Bedenken sei, daß Wucher, insofern er die Ausbeutung der Noth und Unerfahrenheit der Mitmenschen enthalte, ein schweres sittliches Verbrechen sei und bleibe. Der Minister glaubt, daß weniger Noth, als vielmehr Leichtsinn und Unerfahrenheit ausgebeutet werde. Der Minister stellt schließlich, nachdem er noch nachgewiesen, daß es unmöglich erscheine, den wechselnden Bankdiskont zur Grundlage eines Gesetzes zu machen, bei welchem heut ein Geschäft strafbar, morgen straffrei sei, den Antrag, die Verordnung der Regierung zu genehmigen. v. Meding spricht gegen das Gesetz, soweit es dauernd gelten sollte und hält den Vorschlag der Commission, der schwankenden Zinsscala wegen, für den angemessensten.

Dr Dernburg gegen den Kommissionsantrag, in bedingter Weise für die Regierungsverordnung. Er theilt die modernen Anschauungen wegen der Zinsfreiheit gar nicht, die Wuchergesetze hätten sehr gut gewirkt, sie hätten auf dem Gebiet, wo sonst nur die materiellen Interessen zur Geltung kommen, Zucht und Ordnung befördert. Vom theoretischem Standpunkte könne er sich für deren Aufhebung nicht entscheiden, auch nicht deshalb, weil die Gesetze leicht zu umgehen seien. Aber andere Geschichtspunkte seien für ihn maßgebend: früher habe der Gesetzgeber den Zinsfuß beherrschen können, das sei heute der jetzt existirenden Papiere mit hohem Zinsfuß wegen nicht mehr der Fall. Dann habe aber auch das Handels-Gesetzbuch, welches den Kaufmann von Zinsbeschränkungen befreie, ein Loch in die Wucher-Ge-

setzgebung gemacht. Er stehe vor dem Dilemma: einerseits dem bestandenen Gesetz mit seinen glücklichen Erfolgen, andererseits den Anforderungen des Verkehrs gegenüber. Die Commission habe vermitteln wollen, er bedaure, sich ihr nicht anschließen zu können.

Indem noch die Herren v. Kleist-Retzow für den Kommissionsvorschlag, der Minister Graf v. Itzenplitz für die Regierungsvorlage gesprochen, wird ein Antrag auf Vertagung gestellt, derselbe wird angenommen und die Sitzung um 3¼ Uhr geschlossen und auf morgen vertagt.

[7. Sitzung vom 5. September.] Es wird sofort in die Tagesordnung, in die Fortsetzung der Berathung der Verordnung betreffend die Aufhebung der Wuchergesetze, eingetreten.

Graf Brühl: Der Handelsminister hätte seine gestrigen Bemerkungen bei Gelegenheit der Berathung des Handels-Gesetzbuches geltend machen sollen, so würde das Haus bei der Annahme vorsichtiger gewesen sein. Herr v. Bernuth habe behauptet: Geld sei eine Waare; er (Redner) behaupte: Geld sei und bleibe ein Werthzeichen. Wie Herr v. Bernuth der Beweis für seine Behauptung schuldig geblieben, so werde er ihm gestatten, dies auch zu thun. Die Sache sei eben nicht zu beweisen, aber sehr leicht zu behaupten.

Professor Tellkampf beleuchtet den Kommissionsantrag. Der Discontsatz der Bank sei außerordentlich schwankend, und habe gar nichts mit den Privat-Darlehen zu thun. Ein solcher Vorschlag, wie die Commission ihn mache, nütze dem Nothleidenden nicht, weshalb er gegen denselben stimmen werde.

Dr. Götze. Sein erstes Bedenken gegen die Vorlage bestände darin, daß die Motive den Inhalt der Vorlage in seinem ganzen Umfange nicht rechtfertigen. Auch von den Beamten würde Jedermann so viel Zinsen nehmen können, als er wolle. Die Fürsorge für sie dürfte nicht aufhören. Als die Beamten, gegen den erheblichsten Widerspruch, wechselfähig wurden, habe ihr Kredit aufgehört und jetzt sei eine Verfügung an sie erlassen, nach der jeder Beamter, der einen Wechsel acceptire, seines Amtes entlassen würde. Das zweite Bedenken sei der Einfluß der Verordnung auf den Grundbesitz. Er würde der Verordnung nicht eher zustimmen können, ehe nicht die neue Hypothekenordnung ins Leben gerufen sei; über deren Nothwendigkeit ja beide Häuser übereinstimmender Ansicht seien.

Der Justizminister Graf zur Lippe tritt den Ausführungen der Vorredner entgegen. Er erklärt, daß die Staatsregierung seit dem Jahre 1857 mit der Frage wegen der Reform des Hypothekenwesens beschäftigt sei. Was gleich nach dem Jahre 1857 in dieser Frage geschehen, sei dem Hause bekannt durch die Denkschrift des Justizministers Simons, und er (Redner) habe sich diesem Zweige der Gesetzgebung mit besonderer Vorliebe gewidmet. Die Schwierigkeiten lagen darin, daß das Bedürfniß, welches befriedigt werden solle, so verschieden aufgestellt werde. Wenn man aber glaube, daß ein neues Hypothekengesetz dem Grundbesitzer die Mittel gewähre, mit dem Kapital in Konkurrenz zu treten, so irre man sich.

Nach einigen entgegnenden Worten des Berichterstatters Herrn v. Brünneck erhält das Wort Herr v. Senfft-Pilsach, der für den Antrag der Kommission spricht.

Handelsminister Graf Itzenplitz: Herr Freiherr von Senfft hat gesagt, das Amendement der Commission komme der Staatsregierung wesentlich entgegen und sei in diesem Sinne, der doch nur dankenswerth anerkannt werden könne, gestellt worden. Das würde ich gern vollkommen zugestehen, wenn nicht in den Anträgen der Commission die Nr. 3 enthalten wäre, worin dieses Amendement mit der Annahme des ganzen Gesetzes für untrennlich erklärt wird; also ein Entgegenkommen kann ich, so lange an Nr. 3 festgehalten wird, hierin nicht erkennen, während ich ein solches im entgegengesetzten Falle allerdings anerkennen würde.

Präsident theilt mit, daß ein Antrag auf Schluß der Diskussion eingegangen ist.

Der Antrag wird abgelehnt.

Es erhält das Wort der Präsident Camphausen: Er (Redner) giebt darüber sehr weitläufige Erläuterungen, die sich auf alle Species des Handels und der Industrie beziehen, und erklärt schließlich, die Bestimmungen des Gesetzes, wie sie in der Regierungs-Vorlage enthalten sind, ganz zu theilen, worauf er empfiehlt, der Annahme des ganzen Gesetzes, in der unveränderten Gestalt der Regierungs-Vorlage die Zustimmung zu geben.

Indem noch der Herr Handelsminister auf seine Reden zurückkömmt, da er befürchtet mißverstanden geworden zu sein, zeigt der Präsident an, daß der Schluß der Diskussion beantragt sei, obwohl noch 5 Redner eingezeichnet sind.

Bei der Abstimmung wird der Schluß der Diskussion mit geringer Majorität angenommen.

Der Referent sucht nun die Ausführungen der einzelnen Redner gegen den Commissionsantrag zu widerlegen, und meint, die unveränderte Annahme des Gesetzes würde nur aufs Neue Savigny's Ausspruch bestätigen, daß unsere Zeit keinen Beruf zur Gesetzgebung habe. Er fordert das Herrenhaus auf, dem preußischen Staate den alten und sittlichen Standpunkt zu erhalten. So lange ein Strafgesetz gegen den Wucher besteht, wird auch die Schande des Wuchers bestehen bleiben und empfiehlt die Annahme des Commissions-Antrages. § 1. wurde bei namentlicher Abstimmung mit 40 gegen 36 Stimmen angenommen, die übrigen Paragraphen ohne namentliche Abstimmung mit derselben Majorität.

Ohne Diskussion genehmigte das Haus darauf den Gesetz-Entwurf, betreffend die Erhöhung des Stammkapitals der Bank, worauf die Sitzung nach 3½ Uhr schloß.

[8. Sitzung vom 8. September.] Das Haus nahm in seiner heutigen Sitzung einstimmig den Gesetzentwurf, betreffend die Ertheilung der Indemnität, an, nachdem v. Kleist-Retzow über den zur Ausgleichung des Conflicts eingeschlagenen Weg sein Bedauern ausgedrückt hatte.

Deutschland.

Berlin, 7. September. Die Friedensunterhandlungen mit Sachsen scheinen weiter vom Ziele entfernt zu sein als je. Die Mittheilungen der „Independance", daß der Kaiser Napoleon alle Zugeständnisse, welche Preußen dem Könige von Sachsen machen würde dankbar annehmen werde, ist einfach dahin zu deuten, daß der Friedensabschluß mit Sachsen nicht ohne weitere Zugeständnisse an dasselbe erfolgen wird. Wir haben also solche vorauszusehen und dürfen nur hoffen, es werden dieselben auf ein solches Minimum beschränkt werden, daß die Stellung Sachsens zu dem norddeutschen leitenden Großstaate sich von den übrigen norddeutschen Bundesstaaten nicht unterscheide. Jedenfalls wird von einer diplomatischen Selbstständigkeit des kleinen Königreichs nicht mehr die Rede sein, sonst kehrten die Tage Beust's bald wieder. Die Empfindlichkeit des für Sachsen so sehr geneigt erscheinenden Kaiser Napoleon wird sich wohl mit jedem Minimum, das wir als Concession für den Neffen weiland Königs Friedrich August in Aussicht stellen, befriedigt sein.

Wie verlautet, werden diejenige deutschen Regierungen, welche vom Beginn des Krieges zu Preußen hielten und Bundestruppen stellte, auch einen Theil von den Kriegs-Entschädigungsgeldern empfangen.

Die Regierung wendet, seitdem die Abrüstung unseres Heeres in naher und sicherer Aussicht steht sogar schon in Betreff der Landwehr begonnen hat, ihre Aufmerksamkeit besonders auf die Vervollständigung unserer Marine. Wie aus den dem Abgeordnetenhause gemachten Finanzvorlagen hervorgeht, hat die Regierung schon jetzt das außerordentliche Bedürfniß für die Marine auf 5 Millionen Thaler veranschlagt. Zum Bau zweier Panzerschiffe hat sie schon Auftrag ertheilt, und zwar, wenn wir recht unterrichtet sind, bei dem französischen Schiffsbauer Armand; in der letzten Zeit haben sich aber diese Pläne noch erweitert. Wie wir hören, wird auch über ein amerikanisches Panzerschiff und zwar über das in den amerikanischen Blättern vielbesprochene und vielgerühmte Panzerschiff „Dunderberg" verhandelt, das hier zum Kauf angeboten ist. Der „Dunderberg" ist im Auftrage der amerikanischen Regierung während des Krieges auf den Werften von Newyork gebaut, ist aber erst nach dem Frieden fertig geworden. Da die amerikanische Regierung jetzt ihre Marine nicht weiter verstärken will, so hat sie es dem Erbauer überlassen, es anderweitig zu verkaufen.

Der Prinz Friedrich von Augustenburg verweilt zur Zeit, umgeben von seinem „Ministerium", im Bade zu Reichenhall in Baiern.

Großbritannien.

Noch ist der Glaube an den Erfolg der Bismarck'schen Politik nicht so allgemein oder festgewurzelt, daß die alten Antipathien gegen Preußen nicht bei jeder irgend günstigen Gelegenheit wieder hervorbrechen sollten. In Bezug auf die innere Entwickelung des über Nacht hoch aufgeschossenen Staates regen sich in vielen Kreisen lebhafte Zweifel an der Assimilirungskraft eines nach dem bisherigen System geleiteten Regiments. Auch das Verhältniß Preußens zum Auslande will Manchen noch sehr ungewiß und gefahrvoll erscheinen, und nicht wenig hat dazu Graf Bismarck selbst beigetragen, durch die im Comitee über die Annektirungsbill gethane Aeußerung, daß Preußen wahrscheinlich die einverleibten Besitzungen zu vertheidigen haben werde, wie dies im vorigen Jahrhundert mit Schlesien der Fall war. Die Napoleonische „Post" z. B. gesteht, daß die Unruhe und Gereizheit (wessen? sagt sie nicht) über die außerordentlichen Triumphe der norddeutschen Großmacht sich merklich gelegt habe, hofft aber, daß „schließlich eine Verständigung über das europäische Gleichgewicht (das klingt wie Grenzberichtigung) sich nicht unausführbar erweisen werde". — Es scheint also, daß diese alte Leier nur bis auf bessere Zeiten an den Nagel gehängt ist.

Rußland.

Von der polnischen Grenze. Den Juden im Königreich Polen ist neuerdings verboten worden, Dorfschenken zu halten. Auch in den Städten soll jetzt jeder Jude, der einen Ausschank von Spirituosen halten will, außer der gewöhnlichen Consensgebühr jährlich noch eine außerordentliche Abgabe von 5 pCt. des Reingewinns der Schenke zahlen. — Im vorigen Monat sind wieder zwei Transporte politischer Gefangener von Warschau abgeschickt worden, die theils nach dem Innern Rußlands theils nach Sibirien bestimmt waren. Jeder Transport war etwa 15 Mann stark.

Lokales und Provinzielles.

Inowraclaw. Wann endlich wird man aufhören, städtisches Vieh die Friedrichsstraße entlang (6 Mal täglich) auf die Weide zu treiben? Giebt es etwa nicht andere Nebenstraßen?

— Der am vergangenen Mittwoch abgehaltene Jahrmarkt befriedigte nicht den Ansprüchen der Verkäufer. Die Ursache will man der im hiesigen Kreise herrschenden Krankheit zuschreiben. Hoffen wir aber, daß mit der Rückkehr unserer Garnison auch der Gesundheitszustand wieder einkehren werde.

— Am Donnerstage Abends haben sich in Folge öffentlich ergangener Einladung mehrere Herren vereinigt, einen Schachclub zu gründen und bestimmten als Zeit ihrer wöchentlichen Zusammenkünfte den Dienstag Abend. Sämmtliche Theilnehmer einigten sich ferner dahin, das Statut des Berliner Schachvereins mit wenigen Abänderungen anzunehmen, setzten das Eintrittsgeld für später Hinzutretende auf 15 Sgr. fest, und legten zur Beschaffung der nöthigen Utensilien 5 Sgr. pro Person und den Beitrag für den ersten Monat mit 2½ Sgr. zusammen. Der Verein zählt bis jetzt 15 Mitglieder.

— In der Mitternachtsstunde vom Sonnabende zum Sonntage entlud sich über unserer Stadt ein heftiges Gewitter von starken Regengüssen begleitet.

— Durch Erlaß des Kriegs- und Marine-Ministers und des Ministers des Innern, ist bestimmt, daß bis auf Weiteres das zweite diesjährige Kreis-Ersatzgeschäft überall ausgesetzt werden soll. Die Verfügung ist zunächst durch die Rücksichtsnahme auf Anträge veranlaßt worden, welche unter Hinweis auf die an vielen Orten noch immer sehr heftig auftretende Cholera die Einstellung des Ersatzgeschäftes befürworteten. Indessen hätte eine solche Rücksichtsnahme nicht zur Geltung kommen dürfen, wenn die friedliche Gestaltung der politischen Verhältnisse nicht gestattet hätte, von der schleunigen Musterung der jungen wehrpflichtigen Mannschaften einstweilen Abstand zu nehmen.

— Die neuen, seit dem 1. Juli cr. eingeführten Postanweisungsformulare sind mit einem Coupon versehen, in welchem der Absender Namen und Wohnort, sowie den Geldbetrag der Zahlung angeben, auch das Datum eines Briefes oder einer Rechnung, die Litera, das Folium und die Nummer eines Contos oder Belags, sowie ein Actenzeichen einrücken kann. Den Coupon kann der Adressat von der Postanweisung abtrennen und als

Belag an sich behalten. Werden in dem Coupon andere als die hier angegebene Bemerkungen gemacht, so ist vom Absender außer der Postanweisungsgebühr auch noch das tarifmäßige Porto zu entrichten. Es wäre hierbei nur wünschenswerth, wenn die Postanweisungsgebühr bald wieder auf die früheren Sätze von 1 Sgr. bei Anweisungen bis 25 Thaler und von 2 Sgr. bei Anweisungen bis 50 Thlr. von dem jetzigen doppelten Betrage ermäßigt würde.

Deutsches Volkslied.

(Nach der bekannten Weise: „Im ganzen Dorfe geht's Gerücht" ꝛc.)

In ganz Europa gehts Gerücht:
Ich will Germania freien,
Doch traue ich so recht noch nicht
Der Falschen, Ungetreuen,
Mit bitterm Groll gesteh' ichs nur,
Mein Nachbar ist ihr auf der Spur,
Und kommt mir ins' Gehege,
Man überlege!

Verflossen ist manch rundes Jahr,
Ich schwors: die oder Kaane,
Und kaufte ihr, das Ding war rar,
Ne' schwarz-roth-goldene Fahne;
In Frankfurt war's am Bundestage, —
Bei Glockenklang und Trommelschlag
Bracht' ich ihr mein Geschenke —
Man denke!

Ich hatte just mal raisonirt
Beim leeren G'ase Wein;
Wer immer auch um sie hofirt,
Sie wird doch endlich meine;
Das sag ich Alles länderbreit,
Und breche die Gelegenheit
Im Fall der Noth vom Zaune,
Man staune!

Drauf hatt' ich mich schon angethan,
Als ging's zum Hochzeitsfeste,
Ich zog Croatenstiefeln an,
Und meine Kaiserweste;
Doch kaum trät ich zur Hofburg raus,
Schon saß mein Nachbar fest beim Schmaus
Trotz aller meiner Ränke —
Man denke!

Das faßte mich wie Feuerbrand,
Der Zunder mußte fangen,
Denn um der reichen Erbin Hand
Fing es mir an zu bangen.
Auf den Rivalen voller Wuth
Stürzt ich mich keck — und kurz und gut —
Ich kriegte derbe Schläge,
Man überlege! B. Sch.

Anzeigen.



In meinem Möbel-Magazin stehen einige ächt amerikanische

Näh-Maschinen

von Grover & Baker

billigst zum Verkauf

Joseph Levy.

Strassunder  **Spielkarten**

aus der Fabrik von **T. Wegener** in Stralsund sind jetzt, wie auswärtige Blätter melden, die feinsten und haltbarsten Spielkarten und dürften diese, da sie sich durch gute Ausstattung und glattes kräftiges Papier, (welches nicht spaltet) vortheilhaft auszeichnen, wohl auf keinem eleganten Spieltische fehlen; besonders empfehlenswerth sind diese Spielkarten ihrer großen Haltbarkeit wegen für Ressourcen, Casino's und Gasthäuser. Lager von Stralsunder Spielkarten dieser Fabrik hält **Hermann Engel** in Inowraclaw. **T. Wegener** in Stralsund.

Gegen alle katarrhalischen Hals- und Brust-Beschwerden, Husten, Heiserkeit ꝛc. gibt es nichts besseres als die

Stollwerckschen**Brustbonbons.**

Die zahlreichen ärztlichen Empfehlungen, sowie die zuerkannten Medaillen sind hiervon thatsächliche Beweise. — Obige rühmlichst bekannten Brust-Bonbons sind in Original-Paketen mit Gebrauchs-Anweisung à 4 Sgr. stets vorräthig in Inowraclaw bei Conditor **Franz Krzewinski**, in Thorn bei **L. Sichtau**, in Bromberg bei **Leop. Arndt**, in Lobsens bei **L. Leder**, in Nakel bei **Fr. Lebinsky.**

Großer Ausverkauf von

Herren-Garderoben

zu auffallend billigen Preisen bei

Louis Sandler,
Hotel de Posen.

Die asiatische Cholera,

ihre Entstehung, Verhütung u. erste Behandlung.

Ein Rathgeber für das Volk von einem praktischen Arzt. Preis 2 Sgr.

Vorräthig bei Hermann Engel.

Privat-Entbindungs-Anstalt

concessionirt mit Garantie der Discretion, Berlin, gr. Frankfurterstraße 30. Dr. Vocke.

Deutsche und polnische Kirchenkassen-Rechnungs- und landwirthschaftliche Formulare

empfiehlt **Hermann Engel.**

Die heftigsten Zahnschmerzen

beseitigen augenblicklich unfehlbar die berühmten



Tooth-Ache-Drops

Verkauf in Originalgläsern à 6 Sgr. in Inowraclaw bei Hermann Engel. Gebrauchsanweisungen, Atteste u. Brochüren werden gratis abgegeben.

Rechnungen und Klage-Formulare

empfiehlt die Buchdruckerei von

Hermann Engel.

Preis-Courant
der Mühlen-Administration zu Bromberg
v. 1. September.

Benennung der Fabrikate.	Unversteuert pr. 100 Pfd.			Versteuert pr. 100 Pfd.		
	Rt.	Sgr.	Pf.	Rt.	Sgr.	Pf.
Weizen-Mehl Nr. 1	5	6	—	6	7	—
„ „ „ 2	4	26	—	5	27	—
„ „ „ 3	3	18	—	—	—	—
Futtermehl	1	18	—	1	18	—
Kleie	—	26	—	—	26	—
Roggen-Mehl Nr. 1	3	18	—	3	25	—
„ „ „ 2	3	8	—	3	15	—
„ „ „ 3	2	12	—	—	—	—
Gemengt-Mehl (hausbacken)	3	4	—	3	11	—
Schrot	2	14	—	2	14	—
Futtermehl	1	16	—	1	16	—
Kleie	1	10	—	1	10	—
Graupe Nr. 1	8	2	—	8	15	—
„ „ 3	6	14	—	6	27	—
„ „ 5	4	—	—	4	13	—
Grütze Nr. 1	4	20	—	5	3	—
„ „ 2	4	2	—	4	15	—
Kochmehl	2	10	—	—	—	—
Futtermehl	1	10	—	1	14	—

Schreibmaterialien verkaufe ich von heute ab zu herabgesetzten Baarpreisen.

Hermann Engel.

לוחות, תפילין אונד מזוזות, זאוויא איך מהזורים empfiehlt **H. Ehrenwerth.**

Der früher angekündigte

Preußische Feldzug im Jahre 1866

Nr. 1—3 à $1\frac{1}{2}$ Sgr. ist vorräthig bei
Hermann Engel.

Spezial-Kreiskarten
vom Regierungsbezirk Posen
empfiehlt **H. Ehrenwerth.**

---

1 Commis und 1 Lehrling

der polnischen Sprache mächtig, finden sofortiges Engagement in der Leinen- und Schnittwaarenhandlung von Levin Chaskel.

Der Feiertage wegen bleibt mein Geschäft am 10. 11. und 19. d. M. geschlossen.

Hermann Engel.

Handelsbericht.

Inowraclaw, den 8. September.
Man notirt für

Frischer Weizen 123—127pf. bunt 60—62 Thlr., 127—130pf. hellbunt 63—65 Thlr. alles p. 85 P und: feine schwere Sorten über Notiz.

Frischer Roggen: 122—125pf. 38 bis 39 Thl.

Erbsen: Futter 37—42 Thl. bessereQualität 46Thl

Gerste: gr 33—35 Thl., helle schwere 38 Thl.

Hafer 24 Thl. pr. 1200 Pfd.

Kartoffeln 1 Sgr. die Metze.

Bromberg 8 September.

Weizen: alter ganz gesunder 60—66 Thl. feinste Qualität 1 — 2 Thl. über Notiz, weniger ausgewachsener 122—127pf. 48—54 Thl. stark ausgewachsener 40—45 Thl.

Weizen, frischer 124—128pf. holl. 60—64 Thlr. 129 — 130pf. holl. 65—68 Thlr.

Roggen 122—125pf. holl. 41—42 Thl.,

Erbsen Futter 38—40 Thl. Kocherbsen 46—48 Thlr.

Gr.-Gerste 38—40 Thl. feinste Qualität 1—2 Thlr. über Notiz.

Hafer 25 30 Sgr. pro Scheffel

Rübsen und Raps ohne Zufuhr.

Spiritus $15\frac{2}{3}$ Thlr.

Thorn. Agio des russisch-polnischen Geldes. Polnisch Papier $133\frac{1}{3}$ pCt. Russisch Papier $133\frac{1}{2}$ pCt. Klein-Courant 120—25 pCt. Groß Courant 11—12 pCt.

Berlin, 8 September.

Roggen höher loco $47\frac{1}{4}$ bez.
Sept.-Okt. $46\frac{3}{4}$ bez. Nov.-Dez. $45\frac{1}{8}$ bez. Frühjahr $45\frac{1}{8}$ bez.
Spiritus loco $15\frac{1}{4}$ Sept.-Okt. $14\frac{2}{3}$ April-Mai $14\frac{1}{8}$
Rüböl Sept.-Okt $12\frac{1}{6}$ April-Mai $12\frac{1}{8}$
Posener neue 4% Pfandbriefe $90\frac{1}{4}$
Amerik. 6% Anleihe p. 1882 $76\frac{1}{8}$ bez.
Russische Banknoten $76\frac{1}{4}$ bez.
Staatsschuldscheine 85 bez.

Danzig, 3 September.
Weizen. Stimmung: lebhaft — Umsatz 60 Lasten.

Druck und Verlag von Hermann Engel in Inowraclaw.